

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

7.3.1927 (No. 55)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und sonstigen Verfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

für die Zeit vom 24. Februar bis 2. März 1927.
(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

Eine weitere Neigung zu — leichter — Besserung der Lage des Arbeitsmarktes war auch in der diesmaligen Berichtszeit (24. Februar bis 2. März) nicht zu verkennen: die Hauptunterstützungsempfängerziffer konnte, wiewohl gleichzeitig noch manche Neuzugänge zur Erwerbslosenfürsorge zu verzeichnen waren, im Endergebnis um 2041 — von 64791 am 24. Februar auf 62750 am 2. März — sinken. Wenn bei Bewertung dieser Abnahme auch in Betracht zu ziehen ist, daß zur selben Zeit vermehrte Überweisungen Erwerbsloser zu Notstandsarbeiten erfolgten (Steigerung der Notstandsarbeiterziffer von 3913 um 333 auf 4246), so ist die Abnahme doch wesentlich als Anzeichen einer (vorher geringfügigen) Steigerung des Beschäftigungsgrades anzusprechen, zumal die Krisenfürsorgeempfängerziffer diesmal eine kleine Abnahme — von 7214 um 108 auf 7106 — aufweist.

Auch die Kurzarbeit konnte im ganzen noch etwas zurückgehen. Eine Abnahme der Arbeitslosigkeit zeigten in einzelnen zunächst infolge günstigerer Witterungsverhältnisse Landwirtschaft und Baugewerbe. Eine geringfügige Besserung machte sich ferner im Holz- und Schnitzstoffgewerbe (das örtlich erstklassige Möbel- und Bauschreiner, in beschränktem Umfang auch Maschinenarbeiter anforderte), eine weitere leichte Besserung auch in der Metallverarbeitung und in der Maschinenindustrie (vornehmlich Bedarf an Gießereipersonal) geltend. Weiter befriedigend gestaltete sich sodann die Nachfrage nach Kräften von Seiten der chemischen Industrie, des Spinnstoffgewerbes und der Papierindustrie. Im Tabakgewerbe sank die Kurzarbeiterziffer trotz leichter Schwankungen nicht merklich (von 544 auf 295), im Freizeigewerbe war der Kräftebedarf nicht vollständig zu decken, im Fremdenverdienst stieg die Nachfrage nach gelerntem Fachpersonal für Saisonbetriebe.

Mit einer weiteren — leichter — Besserung der Gesamtlage ist für die nächsten Wochen zu rechnen.

Der Haushaltsausblick des Reichstags

sekte die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fort. Der Titel „Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke“ wurde um 600 000 RM. erhöht. In einer Entschließung wurde allgemein ersucht, mit den Ländern wegen der Bereitstellung von Mitteln für Studentenhäuser in Verbindung zu treten. Für die Junglehrer wurden 2 1/2 Millionen bereitgestellt. Der Titel, der die Erhaltung von besonders geschichtlicher Bedeutung betrifft, wurde von 600 000 RM. auf 900 000 RM. erhöht. Es folgt die Beratung der Etatmittel über die Förderung der von der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ verfolgten Zwecke und ihrer besonderen Wissenschaftsaufgaben. Abg. D. Dr. Schreiber (Zr.) verwendete sich für das neue Arbeitsprogramm der Notgemeinschaft. Die einschlägigen Etatmittel mit insgesamt acht Millionen RM. wurden genehmigt.

Der Etatmittel des Reichskunstwart wurde alsdann genehmigt und dazu eine Entschließung Dr. Müllz (Dem.) angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, das Amt des Reichskunstwarts alsbald zu einer selbständigen Reichsbehörde auszugestalten.

Der Etatmittel zur Förderung von Vereinen auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Volkshilfswesens wurde von 250 000 M. auf 300 000 M. erhöht. Der Etatmittel: Förderung des Turn- und Sportwesens wurde um 500 000 M. erhöht. Von dem Mehrbetrag soll ein beträchtlicher Teil der Verbesserung und dem Ausbau von Jugendherbergen und Jugendwärdheimen zugeführt werden. Angenommen wurde dann eine Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, nach Benehmen mit den Ländern einen Bericht darüber vorzulegen, in welchem Umfang die tägliche Turnstunde eingeführt ist. Weiter wurde eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, einen Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz vorzulegen.

Beim Etatmittel: Förderung der beruflichen Erziehung des Volkes, insbesondere der Jugend, gerichteten Bestrebungen beschloß der Ausschuß, die Reichsregierung zu ersuchen, diesen Etatmittel, sowie die Erziehungsbeihilfen durch Ergänzungsausgaben oder durch den nächsten Reichshaushalt angemessen zu erhöhen. Angenommen wurde eine Entschließung, im Einvernehmen mit den Ländern die berufliche Fortbildung, insbesondere die handwerkliche Ausbildung, die staatsbürgerliche Erziehung und körperliche Erziehung bei der schulentlassenen erwerbslosen Jugend zu erweitern.

Des Weiteren wurde eine Entschließung angenommen, daß erwogen werden soll, im Völkerbunde zu internationalen Abmachungen behufs Erweiterung der Lage der Staatenlosen zu kommen. Der Ausschuß vertagte sich alsdann auf Montag.

Generalbebauungsplan der Stadt Karlsruhe

I.
Allgemeines über den Gesamtentwurf und die Verkehrsanlagen

Die Stadtverwaltung Karlsruhe hat bekanntlich im September v. J. in einer umfangreichen Denkschrift „Der Generalbebauungsplan der Landeshauptstadt Karlsruhe“ 1926, Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, das gesamte „Material, das zur Aufstellung und Beurteilung eines Generalbebauungsplanes für das Siebelungsgebiet Karlsruhe und Umgebung erforderlich ist“ zusammengefaßt und ihre programmatischen Gedanken in Form eines „gestalteten Planes“ bekannt gegeben, der nicht etwa einen endgültigen Plan, sondern — wie das Wortort betont — „einen ersten Vorschlag des zuständigen Amtes“ darstellen soll. Denkschrift und Entwurf sollen dazu dienen, zunächst die „Stellungnahme der breiten Öffentlichkeit sowie die für die endgültige Planung unerlässliche Mitwirkung der beteiligten Reichs- und Landesbehörden und der Nachbargemeinden“ zu veranlassen. Die Stadt dürfte mit dieser Methode, die Allgemeinheit, Interessenten und Fachkreise zur Mitarbeit an der bedeutungsvollen Aufgabe, die Maßnahmen für die zukünftige Entwicklung der Stadt festzustellen, heranzuziehen, den richtigen Weg beschritten haben und Vorbildlich unter den deutschen Städten vorangehen.

Im weiteren Verlauf dieser Absicht hat die Stadtverwaltung durch ihre technischen Vertreter und Bearbeiter des Entwurfs, vor allem Bürgermeister Schneider, sowie den Vorstand ihres Tiefbauamts, Stadtbaudirektor Bronner zunächst durch eine öffentliche Ausstellung des gesamten Plans und Entwurfmaterials sowie durch eine Reihe von Vorträgen in den einzelnen Interessentenkreisen ihre Absichten und Entwürfe näher erläutert und zur Stellungnahme und Mitarbeit aufgefordert.

Von Seiten der sachmännisch-städtebaulich interessierten Kreise ist diesem Wunsche entsprochen worden, indem der „Mittelständische Architekten- und Ingenieurverein“ und die „Arbeitsgruppe Karlsruhe des Bundes Deutscher Architekten“ (B.D.A.) gemeinschaftlich eine Reihe von Vortragsabenden veranstalteten, an denen zu dem städtischen Entwurf nach den verschiedenen Problemen, die ihm zugrunde liegen, im einzelnen Stellung genommen werden soll.

Dem ersten Vortragsabend, dem am 15. Februar stattfand und in dem Stadtbaudirektor Bronner die Grundlagen des Entwurfs in großen Zügen erläuterte, folgte am Freitag, den 25. Februar im großen Hörsaal der Techn. Hochschule ein zweiter Vortragsabend, in dem Angehörige der beiden veranstaltenden Verbände die Anschauungen dieser Fachkreise über den Entwurf in verschiedenen Einzelvorträgen darlegten.

Nach Eröffnung des Abends durch den Vorstand des Architekten- und Ingenieurvereins, Prof. Dr.-Ing. Dürr, der die zahlreich erschienenen Zuhörererschaft begrüßte, unter denen man die Vertreter aller bautechnischen und baufachlichen Kreise, sowie der Baubehörden, der Industrie und des Verkehrs bemerkte, erlittete Architekt Dr.-Ing. Wölflinger (B.D.A.) den ersten Vortrag über

den Generalbebauungsplan im ganzen, insbesondere auch vom Standpunkt des Verkehrs.

Er anerkannte einleitend die in frischem Wagemut und mit weitsehenden Zielen von der Stadt unternommene großzügige Planung, durch die positive Grundlagen sowie eine Klarstellung der Probleme für die weitere Gestaltung des Plans gewonnen werde. Der Absicht der Stadt, Karlsruhe neben seinen bisherigen Aufgaben als Landeshauptstadt und als Stadt der Kunst und Wissenschaft fernerhin in stärkerem Maße als Handels- und Industrieort auszugestalten, müsse zugestimmt werden. Die Grundform des zukünftigen Groß-Karlsruhe erseheine, wie die städt. Denkschrift richtig ausführe, entgegen dem ursprünglichen Gedanken der Stadtkernform etwa als das Schema eines großen römischen H, dessen beide Vertikallinien einerseits im Westen durch die Streichrichtung des Rhein-Hochgestades, im Osten durch die Durlacher Hügelkette festgelegt seien, während der Querschnitt durch den Ost nach Westen ziehenden eigentlichen Stadtkern gebildet werde, der im Norden durch den Hartwald, im Süden etwa durch das Forscheimer Waldgebiet begrenzt werde. Im großen und ganzen sei mit Recht eine weiträumige Bebauung angestrebt mit weiser Ausnutzung gegebener landschaftlicher Motive, wie sie besonders durch den Lauf des Albiales und die bestehenden Waldanlagen gegeben sind. Der Vortragsabend betonte, daß richtige zweckmäßig angeordnete Verkehrsanlagen, Straßen, Straßenbahnen und Eisenbahnanlagen die Grundlage bilden müssen, auf denen ein Generalbebauungsplan sich aufbaue. Besonders der moderne Kraftwagenverkehr stelle erhöhte Anforderungen an die zweckmäßige Anordnung des Straßennetzes und besond. der Hauptverkehrs- u. Ausfallstraßen. Voraussetzung für die Anordnung dieser bilden aber die Lösung der hier besonders schwierigen Eisenbahnfragen, der Vortragsabend und der Lage der Bahnhöfe. Durch die jetzigen Bahnanlagen sei Karlsruhe, wie die städt. Denkschrift mit Recht grundlegend betont, in seiner Entwicklung sehr eingeschränkt, und zwar besonders in der Richtung nach Süden und nach Westen. Nach Süden sei es besonders der Verschubbahnhof, der in seiner Lage unmittelbar neben dem hochliegenden Personenbahnhof ein unüberwindliches Hindernis für die Entwicklung der Stadt bedeute. Dem Gedanken, eine baldmöglichste Verlegung des Verschubbahnhofs in Aussicht zu nehmen, müsse deshalb zugestimmt werden. Der hochliegende Personenbahnhof mit seinen hochliegenden Zufahrtslinien werde dann kein Hindernis für die Stadtentwicklung mehr

bedeuten, da alsdann alle wichtigeren Verkehrsstraßen ohne Änderung der Höhenlage unter der Bahn hindurchgeführt werden können. Was die jetzige Abschirmung der Stadt nach Westen betreffe, so müsse es auch hier möglich sein, durch geeignete Änderung der Höhenlage der Bahn, Hoch- oder Tieflegung eine glatte Durchführung der Verkehrsstraßen zu ermöglichen. Es dürfte deshalb nicht notwendig sein, zu dem von der Stadt vorgeschlagenen radikalen Mittel zu greifen, das darin bestehe, die westlichen Zufahrtslinien zum Personenbahnhof (Magauer und Eggensteiner Linie) hier ganz zu beseitigen und diese Linie in weitem Bogen durch den Hartwald umzuweichen und von Osten her in den Personenbahnhof einzuführen. Für die Ostwestlinie (Pfalz-Landau-Karlsruhe-Forscheimer usw.), die nach Erstellung einer festen Rheinbrücke bei Magau erhöhte Bedeutung gewinne, und den jetzt über Bruchsal laufenden Verkehr über Karlsruhe leiten soll, würde in Karlsruhe ein umständlicher Epitaphenbetrieb entstehen, der den ganzen Zweck der Anlage wieder in Frage stellen würde. Auch die Ausschaltung des Hauptbahnhofs aus diesem Verkehr durch die Anlage eines besonderen Stadtbahnhofs im Hartwald wäre nicht zweckmäßig, da dem Umsteigerverkehr nach dem Hauptbahnhof damit nicht gebietet wäre. Den Interessen der Stadt Karlsruhe wäre durch eine solche Umleitung schlecht entsprochen. Welche Vorteile die weitgreifenden Veränderungen der östlichen Zufahrtslinien und die vorgeschlagene Verlegung des Hauptbahnhofs Durlach bieten sollen, sei nicht recht erkennbar. Zu beanstanden sei auch, daß der Endpunkt der Altbahn nach Eitingen verlegt sei, anstatt diesen in möglichster Nähe des Hauptbahnhofs zu verlegen. — In dem Entwurf des Bebauungsplanes vermisst man eine Raizoneneinteilung. R.

Die Völkerbundstagung in Genf

Am Sonntag vormittag kurz vor acht Uhr sind Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär Dr. von Schubert, eine Stunde später Briand und Chamberlain in Genf angekommen. Dr. Stresemann stieg nachmittags 5 Uhr dem französischen Minister des Außern, Briand, einen ungefähr einstündigen Besuch ab. Anschließend begab sich der Reichsminister Dr. Stresemann zu dem britischen Minister Chamberlain, mit dem er eine ungefähr zweistündige Unterredung hatte. Der polnische Minister des Außern, Jaleski, traf zusammen mit dem polnischen Vertreter beim Völkerbund, Sotol, am Samstag abend in Genf ein.

Zur Unterredung Briand-Stresemann

WTB. Paris, 7. März (Tel.) Über die gefrige Unterredung zwischen Briand und Dr. Stresemann berichtet Sabas aus Genf:

Man hat sich über die französisch-deutschen Beziehungen ausgesprochen, aus dem bereits zurückgelegten Weg und dem zur Besserung der Beziehungen der beiden Länder noch zurückzuliegenden Weg einen Überblick genommen. Briand und Stresemann sind glücklich gewesen, festzustellen, daß keiner von ihnen den Wunsch, sich der Wiederannäherung der beiden Länder zu widmen, irgendwie und in irgend-einem Punkte abgeändert habe. Der Abschluß dieser gemeinsamen Politik erfordert natürlich eine freimütige Zusammenarbeit der beiden Länder, stellt also eine Opportunitätsfrage hinsichtlich gewisser Maßnahmen dar, die von der öffentlichen Meinung in Deutschland beharrlich gefordert werden und die von gewissen Bedingungen abhängen, die bisher noch nicht erfüllt worden sind, da seit der Zusammenkunft von Thoiry Deutschland noch keinen bestimmten Vorschlag als Gegenleistung für eine etwaige Räumung der Rheinlandgebiete gemacht hat. Es scheint auch nicht, daß bei der Zusammenkunft von gestern abend Stresemann nach dieser Richtung irgend ein neues Moment beigebracht hätte. Sollte das noch geschehen, so müßte man immer noch bedenken, daß es sich nicht um ein ausschließlich deutsch-französisches Problem handelt, daß es vielmehr auf Grund der bestehenden Verträge auch die Alliierten Frankreichs interessiert. Das sind einige der tatsächlichen Wahrheiten, die Briand wahrscheinlich Dr. Stresemann gegenüber vorgebracht hat.

Der Eindruck in französischen Kreisen war gestern abend übrigens der, daß demnach auf alle Fälle, aber nicht in Genf, Verhandlungen über die Rheinlandbesetzung stattfinden würden. Briand gab einigen Journalisten die Versicherung, da keine andere Frage, als die, die amtlich bekanntgegeben wurde, auf der Ratstagung aufgeworfen werden würde. Im übrigen wurde auch über die deutsch-polnischen Beziehungen gesprochen.

Briand hat nach der Unterredung mit Dr. Stresemann und Jaleski den Eindruck gewonnen, daß eine gerechte Lösung der Schwierigkeiten dieser Tage, vielleicht mit wohlwollender Hilfe Frankreichs und Großbritanniens und unter den Auspizien des Völkerbundes gefunden werden kann.

Die Sonderberichterstatter des „Petit Journal“ und des „Petit Parisien“ in Genf wollen erfahren haben, daß Briand Stresemann auf die jüngste Rede des Grafen Westary hingewiesen habe, daß aber Stresemann Briand den Text dieser

Nede unterbreitete und feststellen konnte, daß diese Rede nicht ganz richtig ins Französische übersetzt worden sei. Man müsse aber doch fragen, ob es politisch klug sei, von einer Rückkehr der elsass-lothringischen Bevölkerung in die deutsche Familie als einer Zukunftsmöglichkeit zu sprechen. Stresemann würde sich sicherlich Rechenschaft darüber ablegen, daß, wenn derartige Zukunftshoffnungen die Form einer Propaganda in den wiedergewonnenen Provinzen annehmen würden, Frankreich nicht verabsäumen werde, sich zu verteidigen.

Auf der Tagesordnung der Ratstagung stehen u. a. drei Fragen, denen politische Bedeutung zukommt: Es handelt sich um Fragen betr. das Saargebiet, insbesondere um die Aufstellung einer Eisenbahnschutztruppe und die Wahl der Mitglieder der Regierungskommission, um die deutsch-polnischen Beziehungen, namentlich um die Frage der deutschen Schulen in Oberschlesien und schließlich um die Stellung der ungarischen Exilanten in Rumänien. In bezug auf die zweite Frage möchten die Polen, daß der Rat einem Kontrollsystem zustimme, durch das verhindert würde, daß die deutschen Schulen, die für die deutsche Minderheit bestimmt sind auch von Kindern polnischer Sprache besucht werden. Es ist auch möglich, daß die Verhältnisse in China in der einen oder anderen Form vom Räte behandelt werden.

Die Ratstagung begegnet im allgemeinen nur einer verhältnismäßig nüchternen Auffassung in bezug auf die Möglichkeit von Ergebnissen, die nicht durch die umfangreiche Tagesordnung — nunmehr 40 Punkte — umrissen sind. Die Tatsache, daß der deutsche Minister den Vorsitz führt, ist zu den verschiedensten Kombinationen benutzt worden. Sie sind vollkommene Abwegigkeit, da die alphabetische Reihenfolge diesen Vorsitz herbeigeführt hat. In der Saarfrage liegt das sogenannte Kompromiß vor, das von der Regierungskommission des Saargebietes gegen die Stimme des saarländischen Vertreters dem Räte unterbreitet worden ist. Dieser Vorschlag weist verschiedene offensichtliche Mängel auf, so vor allem den, daß die Zurückziehung der französischen Truppen nicht von vornherein an ein bestimmtes Datum geknüpft ist. Die Verhandlungen werden darauf abzielen müssen, in erster Linie den genauen Endtermin für den Abzug der französischen Truppen festzusetzen. — Zur Frage des ober-schlesischen Schulkonflikts liegt eine Petition mit 7041 Unterschriften von Bewohnern Oberschlesiens vor, durchweg polnischer Muttersprache, die um den Besuch der deutschen Schule für ihre Kinder einkommen, weil eine doppelte Kultur für sie notwendig sei. Der Präsident der deutsch-polnischen Kommission, Calonder, hat diese Frage nach dem Wortlaut der Genfer Konvention zugunsten eines solchen Anspruches der Einwohner Oberschlesiens entschieden. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Frage in der gegenwärtigen Tagung entschieden wird, vielmehr ist zu erwarten, daß sie einem Gutachten des Saager Gerichtshofes unterworfen wird.

Der Verkehrs- und Transitausschuss hat seine zehnte Tagung im Genf beendet und beschlossen, dem Völkerbundsrat die Einberufung der dritten internationalen Verkehrskonferenz vorzuschlagen, die gegen Ende dieses Jahres in Genf zusammenzutreten soll. Auf der Tagesordnung steht neben der Prüfung der seit der zweiten Verkehrskonferenz vom Jahre 1922 erzielten Ergebnisse u. a. die Revision des auf der Verkehrskonferenz von Barcelona aufgestellten Organisationsplanes.

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 2. März berechnete Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamtes beträgt 135,8 und hat gegenüber der Vorwoche um 0,1 v. H. zugenommen. Die Indexziffer der Agrarstoffe ist auf 137,8 zurückgegangen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist dagegen um 0,3 v. H. auf 130,4 gestiegen und zwar haben vor allem die Indexziffern der Gruppen Metalle, Textilien und Baustoffe zugenommen, die Indexziffer der industriellen Fertigwaren hat sich bei anziehenden Preisen für Textilwaren um 0,1 v. H. auf 141,7 erhöht. Im Monatsdurchschnitt Februar ist die Gesamtindexziffer gegenüber dem Vormonat um 0,2 v. H. auf 135,8 zurückgegangen. Die Indexziffer der Agrarstoffe ist gleichzeitig um 0,9 v. H. auf 139,1 gestiegen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist dagegen um 0,4 v. H. gestiegen, während die der industriellen Fertigwaren mit 141,8 unverändert blieben.

Fernsprecherkehr Frankfurt-Newyork. Nachdem zu Anfang des vorigen Monats zwischen Frankfurt und Newyork über London ein Probefersprechgespräch bei guter Verständigung stattgefunden hat, das später nochmals wiederholt wurde, hat jetzt die Reichspostverwaltung an die englische Telegraphenverwaltung die Anfrage gerichtet, ob nach den gemachten guten Erfahrungen eine Einbeziehung Deutschlands in den transatlantischen Ozeanverkehr möglich wäre. Die Antwort der englischen Telegraphenverwaltung steht noch aus.

Bildende Kunst in Karlsruhe

Im Kunstverein haben diesmal nur ganz wenige Maler ausgestellt, und diese wenigen stellen keine großen Probleme zur Erörterung. Ein Mehr oder Weniger an künstlerischem Raff und an Willen zur Gestaltung ergibt eine gewisse Qualitätsstufung, aber über das Maß des Herkömmlichen ragt kein einziges Bild hinaus.

Man kann sich noch freuen über Zeichnungen von A. Herrmann, Bruchsal, die im Treppenhaus ausgestellt sind. Das sind zwar etwas trodene, aber ehrliche Arbeiten, anständig in der Gestaltung, und von innerer Sauberkeit. — Umsonst wird jedoch auch nur einigermaßen ästhetisch wie überhaupt allgemein künstlerisch Geschulte die Bilder von Prof. Hermann Discher ablehnen, die gleich den ersten Saal fast ganz allein füllen. Das ist Mißbrauch der Erzeugnisse der photographischen Technik, wie man ihn sich schlimmer nicht denken kann. Mit ihrer überaus raffinierten, handwerklich ungeheuer geschickten Made wirken diese Winterlandschaften aus dem Schwarzwald wie vergrößerte Farbendrucke. Dabei wird versucht, gewisse sentimentale Stimmungswerte hineinzubringen durch manierierte rote Beleuchtungseffekte. Gegenüber diesen fähen Farbendrucke wirken die Winterbilder von Karl Dussault, Karlsruhe, trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer Darmlösigkeit ordentlich befriedigend: lieber solche ehrliche Beschaulichkeit als die großsprecherische Geißte, hinter der nichts als Routine steht.

Den Hauptraum der ganzen Ausstellung nimmt eine Sonderchau der Arbeiten von Theodor Ester, Karlsruhe, ein. Von leichten frühen Landschaften an, die etwa um 1900 entstanden sein mögen, bis zu großen figurlichen Kompositionen, die auf bunte Illuminationseffekte gestellt sind, führt der Entwicklungsgang des Malers. Kein Gebiet ist von ihm unbearbeitet geblieben: Sittenbilder, Bauernszenen, Interieurs und Stillleben, Porträts und große Figurenbilder. Ester gemalt, Rotiphars böse Frau in den verschiedensten Stadien des Verfalls, Slavinnen und Saramsfrauen — wenn sie nur möglichst wenig an haben —, Delilas mit törichtem Simons, die sich die Haare abschneiden lassen,

Englische Voraussage einer russischen Wirtschaftskrise

In englischen Wirtschaftskreisen ist man der Ansicht, daß Rußland innerhalb der nächsten zwei oder drei Jahre vor einer kritischen Periode stehen werde.

Die Gründe, die dafür angeführt werden, sind mannigfacher Art. In erster Linie wird auf den russischen Mangel an Kapital und Kredit hingewiesen. Infolge der sich immer ungünstiger gestaltenden Beziehungen zu den kapitalkräftigen Ländern sei für die Sowjetregierung wenig Aussicht vorhanden, diesem Mangel abzuhelfen.

Welche enormen Mittel den Sowjets durch die Nationalisierung in die Hände gefallen seien, lasse sich nicht schätzen. Aber auch diese Erträge müßten einmal zu Ende gehen und es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Abnahme dieser Mittel bereits bemerkbar mache.

Die russischen Staatsbetriebe, die nicht nach den strengen Grundsätzen äußerster kaufmännischer Sparsamkeit arbeiteten, erforderten einen unnötig großen Etat von Beamten, die durch unproduktive Arbeit die Gesehäftskosten unnötig erhöhten. Außerdem bediene man sich größtenteils noch der Fabrikleiter, die aus den bürgerlichen Kreisen der Revolutionszeit übernommen worden seien, die aber nach und nach durch Mitglieder der kommunistischen Partei ersetzt werden sollten. So habe man für denselben Posten zwei Leute, den wirklichen Betriebsleiter und den, der dazu angeleitet werden solle, und die betreffenden Betriebe litten dabei, einerseits durch die bei einem solchen System unausbleiblichen dauernden Meinungen zwischen diesen beiden Leuten, andererseits auch darunter, daß der wirkliche Betriebsführer seine ganze Zeit damit verbringen müsse, seine Maßnahmen gegenüber seinen Vorgesetzten zu rechtfertigen.

Dazu komme, daß der russische gelernte Arbeiter hinter der Lichtigkeit seiner westlichen Genossen weit zurückstehe. Es werde noch geraumer Zeit bedürfen, bis er ihm annähernd gleichkomme. Eine wesentliche Besserung sei in dieser Beziehung in den nächsten Jahren noch nicht zu erwarten. Die Zahl der gelernten Arbeiter sei gering und der Zugang von Lehrlingen in den einzelnen Industrien sei in den letzten Jahren unter der normalen Höhe geblieben. Zudem lasse die für die Befehls- und Disziplin zu wünschenden übrig. An ungelerten Arbeitern aber bestche ein Überfluß.

In eine Herabsetzung der Löhne könne nicht gedacht werden, denn wenn sie nominell auch auf der Höhe der englischen Löhne ständen, sei ihre Kaufkraft um die Hälfte geringer.

Bei der Errichtung neuer Werke setze die Sowjetregierung viel mehr auf Propagandazwecke als darauf, was dringend nötig wäre. So sei z. B. das große Kraftwerk am Wolchowfluß mit einem Kostenaufwande von 100 Millionen Rubel errichtet worden. Das damit beabsichtigte große Elektrizitätssystem werde aber erst in späterer Zeit für die Entwicklung des Landes in Betracht kommen können, während gegenwärtig mit dem aufgewendeten Kapital wichtigeren Zwecken hätte gedient werden können.

Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten würden die Sowjets zwingen, noch weiter als bisher von den bolschewistischen Grundsätzen abzuweichen, als das durch die Neue Wirtschaftspolitik Venis schon geschehen sei. Ob es gelingen werde, russisches Kapital in größerem Umfang flüssig zu machen, sei zweifelhaft, denn man traue der Regierung nicht und habe die Neue Wirtschaftspolitik für eine List, um das Kapital aus seinen Verstecken herauszuloden. Abgesehen davon sei solches Kapital bei weitem nicht mehr in dem Maß vorhanden wie 1921.

Wenn aber private Unternehmungen zugelassen werden würden, so bestche wieder die Gefahr, daß sie den Staatsbetrieben verhängnisvolle Konkurrenz bereiten.

Zur Änderung der Maß- u. Gewichtsordnung

Auf die Eingabe des Reichsverbandes des deutschen Gewerks an das Reichswirtschaftsministerium wegen Änderung der Maß- und Gewichtsordnung hat der Reichswirtschaftsminister unterm 23. Februar geantwortet, daß eine Herabsetzung der Gebühren für die Neueichung geprüft wird. Gleichzeitig machte der Minister darauf aufmerksam, daß die Festsetzung der Nachreichungsgebühren innerhalb der vom Reichsrat vorgeschriebenen Höchstbeträge Sache der Länder ist. Von einigen Ländern ist bereits eine Herabsetzung dieser Gebühren erfolgt. Zur Frage der gewünschten Verlängerung der Nachreichungsfrist bemerkt der Minister, daß schwere Bedenken gegen die Verlängerung geltend gemacht wurden. Maße, Gewichte und Wagen, die lediglich im inneren Betriebe Verwendung finden, unterliegen nach der Antwort des Ministers schon jetzt nicht mehr der Eichpflicht. Die Vorschriften der Maß- und Gewichtsordnung gelten nur für den öffentlichen Verkehr. In Zweifelsfällen, wo eine Trennung der dem eichpflichtigen Verkehr dienenden Wagen usw. von denen des inneren Betriebes schwer möglich ist, muß mit Rücksicht auf den Zweck der Eichung gefordert werden, daß die betreffenden Meßwerkzeuge geeicht sind und auch nachgeiecht werden.

Schlafzimmerschichten, die ebenso peinlich sind wie die Viebeleien auf dem Markt, weil sie mit Courts-Mahlerischer Deutlichkeit den ganzen Ablauf der Geschichte präsentieren. Alle diese Bildnisse, die in ihrer Auswahl an die seligen Zeiten eines Simm, Grüner oder Sichel erinnern, sind in einer vom Impressionismus abgeleiteten Malweise gegeben: Sonnenleckenmalerei teilweise, wie sie die Münchener um Puz im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts gepflegt haben, und dann wieder Theaterlicht von billigem Effekt. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß bei den vielen ausgestellten Bildern manches Gute ist wie, um nur eines zu nennen, die kleine Frühlingsszene, die inmitten ein unmittelbares Naturerlebnis verdichtet hat. Der Nachgeschmack aber, den die ganze Schau zurückläßt, ist bitter.

Ein kleines Zimmer mit Bildern und graphischen Arbeiten von W. H. Guppert, Karlsruhe, ist dagegen erfreulich. Guppert bemüht sich, einen vereinfachten Impressionismus zu geben, etwa in der Art wie Dillinger. Was aber bei Dillinger gewachsen und ursprünglich ist, wirkt bei Guppert mehr angenommen als selbstverständlich. Die Gefahr zu starker Anlehnung ist bei ihm vorhanden. Und von dort aus ist es nicht weit zur Manier, die alle Kunst tötet.

Wohl das Beste in der ganzen Ausstellung sind einige Aquarelle von Fritz Seinsheimer, Meersburg: ein paar groß gezeichnete unmittelbar erfasste Landschaften, schnell mit sicherer Hand hingeschrieben. Man ist froh, wenn man eine Handschrift findet, die etwas eigenen Charakter zeigt.

Im Kunstgewerbeverein sind ein paar hübsche neue Dinge zu bemerken, die sich den geschmackvoll ausgewählten übrigen Beständen gut einfügen. Der Dresdener W. Rißfeld vor allem hat Gläser geschickt, die mit fein geätzten oder geschnittenen oder auch nur mit dem Diamant eingeritzten Verzierungen versehen sind. Er weiß den einfachen glatten Flächen und Werten, wie man sie in jeder besseren Glasbehandlung laufen kann, durch den leichten Dekor ganz eigene neue Reize abzugewinnen. — Auch sonst bemüht sich der Kunstgewerbeverein, Neues nach Karlsruhe zu ziehen. Eine Auswahl der schönen Gläser aus der Fachschule Zwiesel sei hier nur erwähnt.

Ein Deutscher in Tanger verhaftet. Die „Montagspost“ meldet aus Madrid: In Tanger ist ein deutscher Kaufmann verhaftet worden, der in Larraoch in der spanischen Marokkone seinen Wohnsitz hatte und vorher unbekannt Tanger besuchte konnte. Die spanischen Zeitungen haben hervor, daß in letzter Zeit die Feindschaft gegen die Deutschen in der Verwaltung zunehme, so daß die bisher für Deutsche gemachten Ausnahmen betr. die Aufenthaltserlaubnis plötzlich aufgehört haben und die Anwendung der Grenzübertrittsvorschriften mit aller Strenge gegen Deutsche durchgeführt werde. Dies sei um so besorgniserregender, als Tanger internationaler Boden sei, auf dem nur eine einzige Autorität, nämlich die französische, maßgebend sei. Der verhaftete Deutsche befindet sich seit mehreren Tagen in strenger Haft in der Alten Zitadelle von Tanger und darf weder Besuche empfangen, noch schriftlichen Verkehr pflegen.

Die deutsche Regierung gegen die Werbetätigkeit zur Fremdenlegion. Wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, wird die deutsche Regierung anlässlich der letzten Vorfälle bei der französischen Regierung wegen der Werbung zur Fremdenlegion vorstellig werden. Von Seiten Frankreichs ist selbst an, erkannt worden, daß die französischen Werber keinerlei Recht haben, im besetzten Gebiet eine Werbetätigkeit zu entfalten. Unbefristet ist auch das deutsche Recht, zur Fremdenlegion angeworbene deutsche Staatsangehörige am Grenzübertritt zurückzuhalten.

Kurze Nachrichten

Stresemann dankt für die italienische Gastfreundschaft. Reichsminister Dr. Stresemann dankte vor seiner Abreise auf San Remo an Ministerpräsident Mussolini, folgendes Telegramm: „Ehe ich den gastlichen Boden Italiens wieder verlasse, möchte ich nicht veräumen, Er. Excellenz meine besten Grüße zu übermitteln. Erzellenz wollen mir gleichzeitig gestatten, meinen verbindlichen Dank für die außerordentlich liebenswürdige Fürsorge auszudrücken, die mir seitens aller Behörden der hiesigen Provinz und der Stadt zuteil geworden ist.“

Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Reichsbahn. Die am Lohnarif vertraglich beteiligten Gewerkschaften haben der Deutschen Reichsbahn ihre Forderungen unterbreitet. Die Forderungen bestehen im wesentlichen in einer den gestiegenen Lebenshaltungskosten und den gestiegenen Mietpreisen entsprechende Erhöhung der Löhne, sowie in der Festsetzung der regelmäßigen Arbeitszeit auf acht Stunden.

Badischer Teil

Aus dem Jahresbericht des Badischen Weinbauinstituts

Direktor Dr. Karl Müller erhaltet jetzt für das Badische Weinbauinstitut Freiburg i. Br. den 6. Jahresbericht, der in sehr ausführlicher Weise über die weitverzweigten Tätigkeitsgebiete dieses Instituts Aufklärungen und Mitteilungen bringt.

Die Arbeitsgebiete des Instituts haben sich im Berichtsjahre stark vergrößert. Da die längst geforderte Vergrößerung der Institutsräume aber im Berichtsjahre 1926 noch nicht vor sich gegangen ist, konnte sich das Institut nicht wünschenswert weiter entwickeln. Die Veranschaulichung des Instituts von Seiten der Praxis ist ganz außerordentlich gestiegen, auch über die Vervollständigung der Institutsanrichtung wird günstig berichtet. Durch weitausgehende Aufnahmen, durch Aufnahmen von Krankeiten am Wein und ganz besonders durch zahlreiche Aufnahmen der Hauptstelle für Pflanzenbau, die mit der Zusammenstellung einer Serie von Lichtbildern über Krankheiten der wichtigsten Kulturpflanzen begonnen hat, ist die Lichtbildersammlung des Instituts ganz erheblich vergrößert worden.

Der Jahresbericht macht ausführliche Mitteilungen auch über die Schädlingsbekämpfung und über die diesbezügliche Versuchstätigkeit in den Schließergartanlagen bei Freiburg, wie über die chemische Untersuchung von Schädlingsbekämpfungsmitteln.

Über die Versuchsanlagen wird wie folgt berichtet: Die Lorettoberg-Anlage (Freiburg) auf 1,97 ha auf 2,16 ha angewachsen. Auf den Schließergartanlagen bei Freiburg sind verschiedene Wiederherstellungen vorgenommen worden, auf den Jesuitenwiesen (Freiburg) wurde das Mossgewicht der im Gewächshaus an Drähten aufgehängten Reben nach der Ernte mit 148 Köpfe festgestellt. Über die Versuchsanlage Mühlheim wird günstig berichtet, ebenso über die bei Durlach. Das chemische Laboratorium des Instituts wurde besonders in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres durch Untersuchungen von Most und Wein in so starkem Maße in Anspruch genommen, daß alle anderen Arbeiten notgedrungen dahinter zurückgestellt werden mußten.

Die Zahl der untersuchten Most- und Weinproben stieg auf 1888 gegenüber 1163 im Vorjahre und 906 im Jahre 1924. Diese Zunahme der Untersuchungstätigkeit ist vor allem deshalb beachtenswert, weil sie fast ausschließlich auf eine ständig zunehmende Beanspruchung des Instituts durch die Winzer selbst zurückgeht. Die Nachuntersuchungen der früheren Reblausherde ergab zwar in 10 Herden noch Stodausfälle, aber nur in einem Herd noch Rebläuse an drei Stellen. Die kolonienmäßigen Untersuchungen wurden im Juli mit zwei, im August mit fünf Kolonien im Kaiserstuhl abgeschlossen. Dabei wurden drei Herde in der Gemarkung Oberrotweil ermittelt. In dem seit 1922 veräußerten fischerberg Weinberg wurden ganz umfangreiche weitere Versuchsungen festgestellt.

Die Nachfrage nach Edelreizen konnte durch die Rebenveredelungsanstalt in Durlach nicht voll gedeckt werden. Der Bedarf mußte unter Mitwirkung anderer Rebgüter befriedigt werden. Bezüglich der Amerikaner-Muttergärten wird über die Neuanlage des staatlichen Muttergartens am Emmendinger Schloßberg berichtet. Mit der Anlage eines 1,9 ha großen staatlichen Muttergartens in Erbringen konnte im Dezember begonnen werden. Die Nachfrage nach Amerikaner-Direktreizen scheint im Zurückgehen begriffen zu sein. In der Hauptsache wurden Bezüge mit weniger wichtigem Neubaue (Lauterbachhofheim, Bruchsal, Karlsruhe, Forzheim, Konstanz) mit diesen Reben versehen, während in den bedeutenden Weinbaugebieten des Markgräflerlandes, des Kaiserstuhls, des Breisgaus, der Ortenau und der Bühler Gegend weitgehendste Zurückhaltung geübt wird.

Eine besonders wichtige Aufgabe der Hauptstelle für Pflanzenbau in Baden war im Berichtsjahre die Reorganisation des Pflanzenschuh-Melbedienstes, der seit dem Kriege nicht mehr befriedigend arbeitete. Es wurden neun neue Herde mit Kartoffelkrebs festgestellt.

Dreizehn Kurse mit zusammen 651 Zuhörern, die den Weinbau und die Kellerwirtschaft zum Gegenstand hatten, wurden veranstaltet neben einer größeren Reihe von Vorträgen über neuzeitliche Schädlingsbekämpfung, an denen sich neben Direktor Dr. Müller die Regierungsbotaniker Dr. Gessner und Dr. Kotte, Weinbauoberinspektor Dümmler, die Weinbauinspektoren Röber und Reink, Weinbaulehrer Loos und Landwirtschaftsinspektor Brechinger beteiligten.

Ein Hirtenbrief des Erzbischofs Dr. Fritz

Am Sonntag, den 6. März, ist in den Kirchen der Ober- rheinischen Kirchenprovinz ein Hirtenbrief des Erzbischofs Dr. Carl Fritz von Freiburg verlesen worden, in dem der Metropolit zunächst auf das außerordentliche Arbeitslosentum und den religiösen und sittlichen Niedergang in weiten Kreisen unseres Volkes hinweist und auf ein Mittel zur Abhilfe, die brüderliche Zurechtweisung, verweist. Die Pflicht der Zurechtweisung liegt ob den Seelsorgern, den Eltern und den Vorgesetzten. Die, welchen die Zurechtweisung gilt, möchten wohl bedenken, daß sie nicht zum Vergnügen, sondern aus Pflicht, vielleicht nur ungern geübt werde. Es könne keinem Christen gleichgültig sein, wenn sein Mitmensch, besonders der Glaubensgenosse, den Weg der Gewissenhaftigkeit und Sünde betrete, in religiöser Gleichgültigkeit oder sittlicher Verirrung dahinglebe. Eine hohe sittliche Aufgabe erfüllt die Presse, wenn sie öffentliche Mißstände rügt und auf ihre Beseitigung drängt. Sie dürfe aber die Prüfung der Sache nicht unterlassen und habe ihre Äußerungen so zu gestalten, daß sie dem allgemeinen Wohle dienen und die Ehre des einzelnen nicht ohne Not preisgegeben wird. Ihr Beweggrund dürfe nicht Ständallucht und ihr Ziel nicht Aufreizung der Volksgenossen sein. Die Zurechtweisung auch der Presse dürfe nicht aus der vergifteten Quelle des Hasses fließen und solle nur das eine Ziel verfolgen: durch Besserung des Volkswohls zu fördern.

Im zweiten Teile des Hirtenbriefes verweist der Erzbischof auf das gute Beispiel, das die brüderliche Zurechtweisung unterwirft, verfährt und verfährt, und geht auf einige Mißstände unserer Zeit ein. Er ermahnt die Eltern, die über den Mangel an Ehrfurcht, Gehorsam und Familienstolz bei ihren Kindern klagen, diesen das Beispiel der Gewissenhaftigkeit, gegenseitiger Achtung usw. zu geben, verurteilt das ausgefallene und ungezogene Treiben am Fastnacht, durch das besonders die auf denen harte Not laftet, angewidert, im Inneren verlegt und gekränkt wurden, gekleidet den Mißbrauch der Ehe und die Aufforderungen zur Vernichtung des feineren Lebens und verurteilt schließlich die Heze gegen die katholische Kirche und ihre Diener, denen vorgeworfen werde, sie wollten die Arbeiter und Angestellten in ärmlichen Verhältnissen festhalten. Die Kirche aber verwerfe jede Unterdrückung des wirtschaftlich Schwächeren und brandmarkiere die Vorenthaltung des gerechten Lohnes als himmelschreiende Sünde. Zum Schluß fordert Erzbischof Carl Fritz zum Zusammenschluß aller Rechtgefinnten auf, um Verirrte und Abseitsgehende wiederzugewinnen.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß der Stadt Mannheim wird sich über die Aufnahme eines Darlehens von 1.861.920 g Feingold = 8,8 Millionen M.M. bei der Reichsbank für Anlage zur Förderung des Wohnungsbaus zu beschaffen haben. Es handelt sich hier jedoch nur um die formelle Genehmigung des Vertrags auf Feingoldbasis, da der diesbezügliche Gemeindevoranschlag vom 11. Januar 1927 auf Reichsmark lautete.

Der Bürgerausschuß Kastatt nahm in seiner letzten Sitzung die Krankenhauvorlage nach mehrstündiger Beratung einstimmig an. Die Kosten dürften sich bis nahe an 1,8 Millionen M.M. belaufen. Der sofort in Angriff zu nehmende erste Bauabschnitt wird voraussichtlich fünf bis sechs Jahre Bauzeit in Anspruch nehmen. Die Bauberatung hat Professor Dr. Billing-Karlsruhe übernommen.

Zur Beseitigung der feuergefährlichen Schindeldächer hat der Bürgerausschuß Taunheim (Amt Donaueschingen) die Aufnahme eines Darlehens über 17.000 M.M. bewilligt. Den Darlehensnehmer, welche ihre Schindeldächer umdecken, wurde ein 5%iger Beitrag der Gemeinde genehmigt. Die Kosten von 25.000 M.M. müssen durch einen außerordentlichen Zuschuß aufgebracht werden.

Unterführung des Billinger Bahnhofs. Nach jahrelangem Bemühen des Stadtrates und der Bürgerchaft wird nun der Bahnhof eine Unterführung erhalten, die noch in diesem Jahre zur Ausführung kommen soll.

Der Gemeindevoranschlag Saig (bei Titisee), ist vom Bürgerausschuß nunmehr zum drittenmal abgelehnt worden. Man wendet sich vor allem gegen die Höhe des Straßentages, der für die Gemeinde allein eine Umlage von 89,5 Pf. erforderlich macht. Man ist der Ansicht, daß die Straßen, die doch in der Hauptsache von durchfahrenden Autos usw. benutzt werden, bzw. ihre Verhaltung nicht eine solche Belastung bringen dürfen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Brühl b. Schwetzingen, 6. März. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der Vorsitzende der Spar- und Darlehenskasse Brühl sowie der Kassierer dieses Instituts und der Warenhausinhaber Breunig und dessen Ehefrau verhaftet. Es wurden bei der Spar- und Darlehenskasse, einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht deren Mitglieder meistens Landwirte und Arbeiter sind, durch Betrügereien etwa 60 bis 70.000 M. unterschlagen. Die Unterschlagungen gehen zum größten Teil zu Lasten des Kassierers Brühl, der dem Inhaber des Warenhauses Breunig u. Hermann Wechselkredite in jeder Höhe gewährte, ohne nach Deckung zu fragen. Brühl soll für diese Kreditgewährung Schmiergelder erhalten haben.

Dr. Freiburg i. Br., 5. März. Der Stadtrat hat beschlossen, erneut beim Innenministerium vorstellig zu werden, damit die seit längerem in Vorbereitung befindlichen Landesverordnungen über die Anlage von Antennen nunmehr erlassen werden. Zum mindesten soll die Genehmigung zum Erlass einer vorläufigen ortspolizeilichen Vorschrift erwirkt werden. Man will etwaigen Gefahren vorbeugen, die sich daraus ergeben könnten, daß durch atmosphärische Entladungen über nicht fachgemäß gebaute Luftleitern Anlagen Personen zu Schaden kommen, was in der warmen Jahreszeit sehr leicht der Fall sein könnte.

Dr. Freiburg, 6. März. Wie die „Freiburger Zeitung“ berichtet, soll die Freiburger Hochschule den Bau eines Stadions planen, und zwar soll die neue sehr umfangreiche Anlage auf dem Gelände der ehemaligen Pionierspiele am Sandfangweg im Dreifantal zwischen Freiburg und Ebnet erstellt werden.

Dr. Freiburg i. Br., 5. März. Wie die „Freiburger Tagespost“ berichtet, ist der langjährige Pfarrer der St. Franz von Sales-Kirche in St. Louis und Generalvikar der Erzdiözese von St. Louis, einer der verdientesten und angesehensten deutschen Geistlichen in Nordamerika, Friedrich Georg Solwed an den Folgen einer Bruchoperation gestorben. Im Bistock 1856 geboren, besuchte er die Gymnasien von Eilenheim, Freiburg, Bruchsal und Karlsruhe. Infolge des Kulturkampfes entschloß er sich, seine philosophischen und theologischen Studien in Amerika zu machen und dort auch Pfarrer zu werden. 1888 wurde er zum Pfarrer geweiht. Der Verstorbene war Ehrenprofessor der theologischen Fakultät der hiesigen Universität.

Dr. Schwetzingen, 4. März. Der Bürgerausschuß befahte sich u. a. mit der Frage des Wohnungsbaus für 1927. Eine diesbezügliche Vorlage, wonach zur Gewährung von Baudarlehen für das Jahr 1927 ein Kredit von 100.000 M.M. zur Verfügung gestellt wird, der im Wege der Kapitalaufnahme zu beschaffen ist, wurde einstimmig angenommen. Genehmigt wurde weiter die Erstellung eines Wohnungsneubaues durch die Stadt mit einem ungefähren Kostenaufwand von ca. 45.000 M.M. Die Höchstsumme des Baudarlehens der Gemeinde würde für eine Zweizimmerwohnung auf 4500 M.M., für eine Dreizimmerwohnung auf 6000 M.M. festgesetzt, der Zinssatz von 5 Proz. auf 3 Proz. ermäßigt, womit Schwetzingen die erste Stadtgemeinde in Baden sein dürfte, die einen so niedrigen Zinssatz festsetzt. Die Erwerbung von Straßengelände, ferner ein Darlehensvertrag mit dem Landesfiskus über 17.500 M.M. bildeten die weiteren Gegenstände der Tagesordnung.

Aus der Landeshauptstadt

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes der Bad. Staatspolizeibeamten, der die Beamten der Kriminal-, Fahndungs-, Verwaltungs- und der früheren baw. Polizei, sowie auch die Beamten des Landespolizeiamtes angehören, hielt am 3. März 1927 im „Cafe Nowad“ hier ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem von dem bisherigen 1. Vor. Pol.-Wachtm. Schreiber gegebenen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Ortsgruppe zur Zeit einen Stand von 291 Mitgliedern hat und somit nahezu alle Staatspolizeibeamten organisiert sind. Der am 1. Juli v. J. in Kraft getretene Staatsvoranschlag brachte, wie der Referent ausführte, der Polizeibeamtenschaft bei weitem nicht das, was den Umständen nach erhofft werden konnte. Während die Reichsbeamten, einschl. der Eisenbahnbeamten, sowie auch Polizeibeamten der übrigen Länder eine Nachbesserung erhalten, warten wir baw. Polizeibeamten immer noch auf die Gewährung einer solchen durchaus gerechtfertigten Zulage. Dem Polizeibeamten, der jede 3. Nacht einen Dienst von 11 Stunden zu versehen hat, erwachsen hierdurch erhebliche Mehrausgaben, welcher Umstand in einer entsprechenden Vergütung unbedingt Berücksichtigung finden sollte. Bezüglich des angeforderten neuen Polizeibeamtenrechts wurde allseits der Wunsch laut, daß das baw. Polizeibeamtenrecht sich ja nicht an das im Entwurf vorliegende preußische Polizeibeamtenrecht anlehnen möge. Dieser preußische Entwurf, der hauptsächlich die alte Heeres- als Arbeiter hat, birgt so viel an Ungerechtigkeiten in sich, daß es einen Schlag ins Gesicht der Polizeibeamtenschaft bedeuten würde, wenn dieser Entwurf Gesetz würde. Der Entwurf wurde auch anlässlich der am 22. Februar 1927 in Berlin stattgefundenen Kundgebung von den anwesenden Vertretern des Reichstags aller politischen Richtungen einstimmig abgelehnt. Die baw. Polizeibeamten haben noch das Vertrauen zum Ministerium des Innern und zum bad. Landtag, daß ihre wohlverordneten Rechte Berücksichtigung in dem in Vorbereitung stehenden bad. Entwurf finden werden. Anerkannt wurde, daß das Bad. Ministerium des Innern in bezug auf die Weiterbildung der Polizeibeamten aller Sparten vorbildliches geleistet hat und die Polizeibeamtenorganisation wird jederzeit das Min. d. I. in diesen Bestrebungen unterstützen. Dieses ist jedoch nur möglich, wenn die Organisationsleiter noch mehr wie bisher zu den Beratungen über die Polizeibelange im Min. d. I. hinzugezogen werden. Die Beiträgen der hies. Ortsgruppenleitung mit der Bevölkerung ein gutes Einvernehmen zu unterhalten, hatten ihren Niederschlag in der am 1. Januar 1927 in der Festhalle stattgefundenen Weihnachtsfeier, an der nahezu 2000 Personen aus allen Schichten der Bevölkerung teilnahmen. Der bisherigen Ortsgruppenleitung wurde für ihre bisherige Tätigkeit das volle Vertrauen der Mitgliedschaft fast einstimmig zum Ausdruck gebracht und bei der nachfolgenden Neuwahl wurde die bisherige Gesamtvorstandschäft nahezu einstimmig wiedergewählt. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vor.: Pol.-Wachtm. Schreiber, 2. Vor.: Pol.-Affist. Furrer, 1. Schriftführer: Pol.-Affist. Buchheit, 1. Kassier Kriminal-Sept. Florj.

Die Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes der Bad. Staatspolizeibeamten, der die Beamten der Kriminal-, Fahndungs-, Verwaltungs- und der früheren baw. Polizei, sowie auch die Beamten des Landespolizeiamtes angehören, hielt am 3. März 1927 im „Cafe Nowad“ hier ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem von dem bisherigen 1. Vor. Pol.-Wachtm. Schreiber gegebenen Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Ortsgruppe zur Zeit einen Stand von 291 Mitgliedern hat und somit nahezu alle Staatspolizeibeamten organisiert sind. Der am 1. Juli v. J. in Kraft getretene Staatsvoranschlag brachte, wie der Referent ausführte, der Polizeibeamtenschaft bei weitem nicht das, was den Umständen nach erhofft werden konnte. Während die Reichsbeamten, einschl. der Eisenbahnbeamten, sowie auch Polizeibeamten der übrigen Länder eine Nachbesserung erhalten, warten wir baw. Polizeibeamten immer noch auf die Gewährung einer solchen durchaus gerechtfertigten Zulage. Dem Polizeibeamten, der jede 3. Nacht einen Dienst von 11 Stunden zu versehen hat, erwachsen hierdurch erhebliche Mehrausgaben, welcher Umstand in einer entsprechenden Vergütung unbedingt Berücksichtigung finden sollte. Bezüglich des angeforderten neuen Polizeibeamtenrechts wurde allseits der Wunsch laut, daß das baw. Polizeibeamtenrecht sich ja nicht an das im Entwurf vorliegende preußische Polizeibeamtenrecht anlehnen möge. Dieser preußische Entwurf, der hauptsächlich die alte Heeres- als Arbeiter hat, birgt so viel an Ungerechtigkeiten in sich, daß es einen Schlag ins Gesicht der Polizeibeamtenschaft bedeuten würde, wenn dieser Entwurf Gesetz würde. Der Entwurf wurde auch anlässlich der am 22. Februar 1927 in Berlin stattgefundenen Kundgebung von den anwesenden Vertretern des Reichstags aller politischen Richtungen einstimmig abgelehnt. Die baw. Polizeibeamten haben noch das Vertrauen zum Ministerium des Innern und zum bad. Landtag, daß ihre wohlverordneten Rechte Berücksichtigung in dem in Vorbereitung stehenden bad. Entwurf finden werden. Anerkannt wurde, daß das Bad. Ministerium des Innern in bezug auf die Weiterbildung der Polizeibeamten aller Sparten vorbildliches geleistet hat und die Polizeibeamtenorganisation wird jederzeit das Min. d. I. in diesen Bestrebungen unterstützen. Dieses ist jedoch nur möglich, wenn die Organisationsleiter noch mehr wie bisher zu den Beratungen über die Polizeibelange im Min. d. I. hinzugezogen werden. Die Beiträgen der hies. Ortsgruppenleitung mit der Bevölkerung ein gutes Einvernehmen zu unterhalten, hatten ihren Niederschlag in der am 1. Januar 1927 in der Festhalle stattgefundenen Weihnachtsfeier, an der nahezu 2000 Personen aus allen Schichten der Bevölkerung teilnahmen. Der bisherigen Ortsgruppenleitung wurde für ihre bisherige Tätigkeit das volle Vertrauen der Mitgliedschaft fast einstimmig zum Ausdruck gebracht und bei der nachfolgenden Neuwahl wurde die bisherige Gesamtvorstandschäft nahezu einstimmig wiedergewählt. Die Wahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vor.: Pol.-Wachtm. Schreiber, 2. Vor.: Pol.-Affist. Furrer, 1. Schriftführer: Pol.-Affist. Buchheit, 1. Kassier Kriminal-Sept. Florj.

Der „Haut-Film“ in den Bad. Lichtspielen. Die alte deutsche Faustsage hat nunmehr den Weg zum Film gefunden. Ein lebendiges Bildwerk von phantastischer Fülle der Ideen hat die deutsche Filmkunst unter der Regie Murnaus auf die Leinwand gebracht; eine hohe künstlerische Leistung. Die Handlung lehnt sich an das alte Faustbuch, doch sind die aus der Goetheschon Dichtung bekannten Gestalten des Gretchen und der Marthe Schmerlein übernommen worden. Im Vorspiel sehen wir die drei apokalyptischen Reiter, Mephisto streitet um den Besitz der Erde. Der Kampf des Guten mit dem Bösen beginnt, das Opfer soll die Seele Faustens sein. Im Film erscheint uns Faust als Menschenfreund, aber all sein Mühen ist vergebens. Die Vergewaltigung treibt ihn soweit, daß er mit dem Teufel einen Pakt abschließt. Mit Mephistos Hilfe glückt alles. Faust erhält seine Jugend. In interessanten und wirkungsvollen Bildern folgen die Szenen mit der schönen Herzogin von Parma und die Gretchen-Tragödie. Der Fluch Valentins bringt Gretchen an den Pranger, als Mordmörderin endet sie auf dem Scheiterhaufen. Faust eilt zurück, die Rettung gelingt nicht, seine Jugend, die das Unheil heraufbeschworen hat, verflucht er. Entzaubert als Greis, aber von Gretchen noch erlöst, entstehen sie gemeinsam dem Leben. In hervorragender Weise wird der Inhalt der deutschen Volksage verbildlicht; prominente Kräfte haben dem Film ein besonderes Gepräge gegeben. Das Schauspiel prägte Mienenspiel E. Jannings als Mephisto ist besonders zu bewundern. Die Filmkunst ist unruhig das Ganze mit einer schönen Musik. Die Bad. Lichtspiele haben wieder ein hervorragendes Filmwerk gewonnen, die Anziehungskraft blieb nicht aus, das Konzerthaus war fast ausverkauft.

Badisches Landestheater. Am Dienstag, den 8. März, gelangt das Lustspiel „Der guttische Grad“ von Gabriel Dreßler (G 19 Th.-Gem. 101-200) und am Freitag, den 11. März, Schalepeares Komödie „Wie es euch gefällt“ (F 19, Freitagmiete, Th.-Gem. 1-100 und 201-300) zur Wiederholung.

Kammersänger Max Wittner 70. Geburtstagfeier gestaltete sich zu einer außergewöhnlichen Ovation für den beliebten Künstler. Von überallher, aus Künstler-, Freundes- und Schülerkreisen, waren Glückwunschkarten, Blumenpenden und Geschenke in unübersehbarer Fülle eingegangen. Unter den Gratulanten sind erwähnenswert: das frühere Großherzogspaar, Präsident von Engelberg, Geheimrat Rastmann mit Gattin, der ehemalige Intendant des Coburger Hoftheaters, Paul von Ebart, der Verwaltungsrat und die Generaldirektion des Badischen Landestheaters, Abordnungen des Soloperpersonals, des Chors und Orchesters vom Landestheater. Das Quartett erfreute den Jubilar mit einem Ständchen, das Vorträge aus Paris und den Meistersängern brachte. Auch prominente Bühnenkünstler des Reiches sandten Glückwünsche so Perron, Laucher, Pasche, Knebe-München und Prof. Kegel-Dresden. Ferner wurden Max Wittner Ehrentugenden seitens der Loge zur Pyramide, Karlsruhe, der Johannisloge, Bad Harzburg und zahlreicher anderer Korporationen, in deren Kreisen der Künstler verkehrt bzw. heute noch wirkt.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern wechselnd wolfiges, zeitweise böiges Wetter mit einzelnen Strichregen. Das Eindringen kleinerer Mengen Kaltluft aus Nordwesten bewirkte ein Zurückgehen der Temperaturen um 1 bis 2 Grad gegen den Vortag. Heute Morgen liegt eine neue Warmfront der nordatlantischen Zykone über Mittelfrankreich. Der Aufgleitregen umfaßt ein Gebiet von etwa 300 Kilometer Breite und liefert in Nordfrankreich bis zu 6 Liter pro Quadratmeter. Er wird aus noch heute in Begleitung von aufsteigenden Südwestwinden eintreffen. Für morgen ist wieder mildes Wetter mit einzelnen Nachregnen zu erwarten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	7. März	6. März
Amsterdam 100 G.	168.58	169.00
Kopenhagen 100 Kr.	112.24	112.52
Italien . . . 100 L.	16.51	16.55
London . . . 1 Pf.	20.442	20.494
Newyork . . . 1 D.	4.2125	4.2275
Paris . . . 100 Fr.	16.475	16.515
Schweiz . . . 100 Fr.	81.125	81.225
Wien . . . Schilling	59.29	59.43
Prag 100 Kr. 100	12.473	12.513

Die Leipziger Messe. Die Zahl der geschäftlichen Messebesucher hat am Messenonntag bereits 100.000 erreicht und überschritten. Außer 34 Sonderzügen des Leipziger Messeankers aus dem Inlande und acht aus dem Auslande, die am nachmittag wegen Überbefüllung doppelt gefahren werden mußten sind am Sonntag vormittag noch 96 Reichsbahnsonderzüge eingelaufen, die sämtlich überfüllt waren. Die Zahl der Messeaussteller ist nach einer vorläufigen Aufstellung auf etwa 9300 zu beziffern. Der Anteil des Auslandes beträgt dabei über 600. Aus den verschiedensten Branchen wird über lebhafteste Nachfrage berichtet, die diesmal schneller als sonst zu Abflüssen führt, da der Handel angedeutet der aufstrebenden Konjunktur sich rechtzeitig zu den heutigen sehr günstigen Preisen eindecken will. Allgemein wird festgestellt, daß das deutsche Preisniveau heute wieder durchaus konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt ist. In Verbindung mit der Messe steht die Ausstellung „Europäisches Kunstgewerbe 1927“ und die zweite deutsche Kunstausstellung. Im Zusammenhang mit der Siebelungswoche und im Rahmen der „Baummesse“ veranstaltete der Rat der Stadt und das Messeramte eine internationale Städtebauausstellung. Diese Schau umfaßt das ganze Gebiet des modernen Städtebaues, der Wohnungspflege und der Planung. Die Messeausstellung ist in erweiterter Form mit einem Festakt der Öffentlichkeit übergeben worden. Schließlich veranstaltet das Messeramte selbst am Anlaß seines zehnjährigen Bestehens im alten Rathaus eine umfangreiche Sonderchau über seine Propaganda und deren Erfolg.

Die Lage der Rheinschiffahrt im Februar. Die Rheinschiffahrt wies, wie aus Mannheim berichtet wird, im Monat Februar unveränderten Beschäftigungsgrad auf. Für Rohlenfahrraum bestand auf dem Rhein befriedigende, wenn auch nachlassende Nachfrage. Bemerkenswert war das Fehlen von Ernterückfrachten und die geringe Nachfrage nach Rohlen für Getreide. Die Bergfrachten wiesen für die Rheinschiffahrt steigende Tendenz auf, die Schlepppläne waren unverändert. Die Rheinschiffahrt war des öfteren durch Niedrigwasser und Nebel behindert.

Verschiedenes

Einkurz einer Gießhalle. Auf der Niederrheinischen Hütte in Duisburg-Hochfeld stürzte etwa 10 Minuten nach dem Hochfenaufstieg, bei dem etwa 20 Arbeiter zugegen waren, die zum Hochfener III gehörende Gießhalle zusammen, ritz den darin befindlichen Laufkran mit in die Tiefe und begrub mehrere Arbeiter unter den Trümmern. Ein Arbeiter, Vater von sechs Kindern, konnte nur als Leiche geborgen werden. Weitere Arbeiter wurden mit schweren Quetschungen hervorgezogen.

Ein Zyklon über Madagaskar. Das Kolonialministerium hat vom stellvertretenden Generalgouverneur von Madagaskar die Bestätigung erhalten, daß am 3. März ein gewaltiger Zyklon Madagaskar und besonders die Gegend von Tananarive heimgesucht hat. Ein Funkpruch von einem französischen Dampfer bestätigt, daß bedeutender Sachschaden angerichtet wurde und viele Eingeborene umgelommen sind.

80 Personen ertrunken. Nach einer Meldung aus Schanghai stießen auf dem Langke zwei Passagierdampfer zusammen. Der eine, mit 80 Passagieren, sank in wenigen Minuten; niemand konnte gerettet werden.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

Maschinenschreiberin Maria Schlatterer beim Bezirksamt Waldshut als Kanflistin.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Entlassen auf Ansuchen:

Der planmäßige außerordentliche Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg Dr. Heinrich Stoll.

Zentral-Handels-Register für Baden.

Baden-Baden. 3.982
Handelsregisteramt
Abt. B Bd. I D.-Z. 55—
Apparatebaugesellschaft
mit beschränkter Haftung,
in Dos —: Durch Ge-
sellschafterbeschluss v. 20.
Januar 1927 wurde § 15
des Gesellschaftsvertrags
geändert. Die Gesellschaft
hat einen oder mehrere
Geschäftsführer. Sind
mehrere Geschäftsführer
bestellt, so kann ein jeder
dieselben die Gesellschaft
allein vertreten.
Baden, 14. 2. 1927.
Bad. Amtsgericht I.

Buchen. 3.985
Handelsregister A (Wald-
dün) Bd. I.
D.-Z. 113: Inhaber der
Firma Karl Barth, Garb-
heim, ist Kaufmann Karl
Barth Witwe, Valentinie
geb. Dill, in Garbheim.
22. 2. 1927.
D.-Z. 147: H. u. K.
GmbH, Waldbrunn, offene
Handelsgesellschaft: Die
Gesellschaft ist aufgelöst.
Die Firma erloschen. 22.
2. 1927.
Bad. Amtsgericht
Buchen.

Wühl. 3.988
Handelsregisteramt
B Bd. I D.-Z. 81, Firma
Verkaufsvereinigung Süd-
westdeutscher Pfisterstein-
betriebe, G. m. b. H. Wühl,
„Rundsteine“, Wühl: Die
Bestellung des Johann
Sikert, Kaufmann in
Wühl, als Geschäftsführer
wird von Amts wegen
als nichtig erklärt. Ge-
schäftsführer ist: Ernst
Schiele, Kaufm. in Otten-
höfen. Wühl, 23. 2. 1927.
Amtsgericht.

Donauwörth. 3.983
Handelsregister zur Fa.
A. Gerth Furthwangen:
Das Geschäft ist durch
Erbfolge auf Karl Gerth
Witwe Luise, geb. Feh-
rendach, in Furthwangen
übergegangen, die es unter
der bisherigen Firma
weiterführt.
Amtsgericht
Donauwörth,
22. Februar 1927.

Heidelberg. 3.989
Handelsregister Abt. B
Band III D.-Z. 3 zur Fa.
Gerrenmühle vormals C.
Grenz Aktiengesellschaft in
Heidelberg: Die Procura
des Curt Mühlmann in
Heidelberg ist erloschen.
Dem Kaufmann Erwin
Schaaf in Heidelberg ist
Procura in der Weise er-
teilt, daß er berechtigt ist,
gemeinsam mit einem an-
deren Vorstandsmitglied d.
Gesellschaft zu vertreten
und deren Firma zu zeich-
nen.
Band IV D.-Z. 18 zur
Firma Prieber & Co.,
Maschinen- u. Apparate-
Betriebs Gesellschaft mit
beschränkter Haftung in
Heidelberg: Die Procura
des Ingenieurs Hans
Prieber in Heidelberg ist
erloschen.
D.-Z. 25 zur Firma
Mittelsame Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
in Heidelberg: Eberhard
von Hötter, Kaufmann in
Mansbach ist als Ge-
schäftsführer zurückge-
treten. Durch Beschluss d.
Gesellschafterversammlung
vom 31. Mai 1926 wurde
unter Abänderung der §§
11 und 12 des Gesell-
schaftsvertrags bezüglich
der Vertretung der Ge-
sellschaft bestimmt: Die
Gesellschaft wird durch ein
oder mehrere mehrere Ge-
schäftsführer vertreten.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so sind die
Unterschriften zweier Ge-
schäftsführer erforderlich
und genügend.
Heidelberg, 25. 2. 1927.
Amtsgericht. B. 2.

Karlsruhe. 3.970
Handelsregisteramt
Einträge.

1. Derm. Munding,
Karlsruhe, Einzelkaufm.:
Wilhelm von Drehmann,
Kaufmann, Karlsruhe, 17.
2. 1927.
2. Geugelin & Co.:
Karlsruhe. Offene Han-
delsgesellschaft mit Be-
ginn am 15. Febr. 1927.
Persönlich haftende Ge-
sellschafter: Karl Geuge-
lin, Kaufmann, Karlsru-
he, August Philipp,
Dachdeckermeister ebenda.
Für Vertretung der Ge-
sellschaft und zur Zeich-
nung der Firma sind die
Gesellschafter nur gemein-
sam berechtigt. (Vormat-
terialienhandlg., Schloß-
platz 8.) 19. 2. 27.

3. Freund & Comp.,
Ettlingen mit einer
Zweigniederlassung in
Karlsruhe. Einzelkaufm.:
Kaufm. Siegfried Weh-
ner in Ettlingen (Damen-
steinsektion, Kaiserstr.
201.) 21. 2. 27.
4. Kupp & Meiler,
Karlsruhe. Dipl.-Ingeni-
eur Martin Krahner,
Karlsruhe und Dr. Bernd
Schlüter ebenda ist Ge-
samtprocura in der Weise
erteilt, daß sie nur ge-
meinschaftlich zur Ver-
tretung und Zeichnung d.
Firma berechtigt sind. 24.
2. 1927.
5. M. Stromeyer, La-
gerhausgesellschaft, Zweig-
niederlassung Karlsruhe,
Hauptst. Konstant. Kon-
stanz Friedrich Ballmichler
in Duisburg ist als weite-
rer persönlich haftender
Gesellschafter in das Ge-
schäft eingetreten. 23. 2.
1927.

6. Verka-Betrieb Effig
& Co., Karlsruhe. Offene
Handelsgesellschaft m. Be-
ginn am 15. Febr. 1927.
Persönlich haftende Ge-
sellschafter: Anton Karl,
Kaufmann, Karlsruhe,
Heinrich Effig, Kaufmann
ebenda. (Kaiserstr. 98.)
25. 2. 1927.
Bad. Amtsgericht.

Karlsruhe. 3.991
Handelsregisteramt
1. Strauch Gebrüder &
Engelhardt, Handels-Akti-
engesellschaft, zu Frankfurt
a. M., Zweigniederlassung
Karlsruhe. Die Zweig-
niederlassung Karlsruhe
ist aufgehoben. 21. 2. 27.
2. Badische Wegebau-
Gesellschaft m. beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe. Durch
Gesellschafterbeschluss v.
25. Januar 1927 ist das
Stammkapital um 45 000
RM. auf 50 000 RM. er-
höht worden. Durch den-
selben Beschluss ist d.
Gesellschaftsvertrag in § 3
(Stammkapital) geändert
worden. 24. 2. 1927.
3. „Süddeutsches Den-
tal-Depot“, G. m. b. H., Ge-
sellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe, wo-
hin der Sitz der Gesell-
schaft von München ver-
legt wurde. Gegenstand
des Unternehmens: Der
Verkauf und Betrieb
zahnärztlicher und zahn-
technischer Artikel. Stamm-
kapital: 55 960 RM. Ge-
schäftsführer: Dr. Fritz
Winkler, Karlsruhe. Der
Gesellschaftsvertrag ist am
4. August 1910 festgesetzt
und inzwischen mehrfach
am 19. April 1911, 11.
August 1920, 12. Januar
1925 und letztmals am
4. Februar 1927 geändert
worden. Die öffentlichen
Bekanntmachungen der
Gesellschaft erfolgen durch
die Münchner Neuesten
Nachrichten. 1. 3. 1927.
4. Sais & Neu-Nähma-
schinenshaus, Gesellschaft
mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Die Liquidation

ist beendet. Die Fa-
irma ist erloschen. 28. 2.
1927.
5. Badische Handelsge-
sellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Karlsruhe. Die Li-
quidation ist beendet. Die
Firma ist erloschen. 28.
2. 1927.

6. Südd. Maschinen-
bau-Aktiengesellschaft,
Zweigniederlassung
Karlsruhe, Hauptst. Stut-
tgart. In der Gene-
ralversammlung v. 21.
Dez. 1926 wurde beschlo-
sen, das Stammkapital um
500 000 RM. zu erhöhen.
Erhöhung hat um den
Betrag von 500 000 RM.
stattgefunden. Das
Grundkapital beträgt jetzt
700 000 RM. eingeteilt
in 7000 auf den Inhaber
lautende Aktien von je
100 RM. Durch den glei-
chen Beschluss wurde der
Gesellschaftsvertrag in § 4
Abs. 1 (Grundkapital) u.
in der Aktienverteilung
geändert. Die Prokuren
des Karl Nagel und Gott-
lieb Maier sind erloschen.
28. 2. 1927.
Bad. Amtsgericht.

Kehl. 3.986
Handelsregister. Firma
Schweizer Rheinschiff-
fahrts-Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung in Kehl:
Dem Kaufmann Oskar
Kund in Kehl ist Ein-
zelprocura erteilt.
Kehl, 23. 2. 1927.
Der Gerichtsverwalter,
Mannheim.

Karlsruhe. 3.975
Handelsregister.
In das Handelsregister
wurde heute eingetragen:
a) zu folgenden Firmen:
1. Georg Scharrer
Nachf., Mannheim: Das
Geschäft ist mit Aktien
und samt der Firma von
Johanna Klaut geb. Hau-
ter auf Frieda Geiser geb.
Weigel in Ludwigshafen
a. Rh. übergegangen, die
es als alleinige Inhaber-
in unter der bisherigen
Firma weiterführt. Der
Übergang der in dem Be-
trieb des Geschäfts be-
gründeten Verbindlich-
keiten ist bei dem Erwerb
des Geschäfts durch Frieda
Geiser geb. Weigel aus-
geschlossen.

2. „Kosmos“ Verlan-
dung Mannheim Ludwig
Maier, Mannheim: Die
Firma ist erloschen.
3. Karl Wühl, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
4. Kind & Schenkel,
Mannheim-Sandhofen:
Die Gesellschaft ist auf-
gelöst und das Geschäft
mit Aktien und Kassen
und samt der Firma auf
den Gesellschaftsleiter Kaufm.
Martin Schenkel, Mann-
heim-Sandhofen als al-
leiniger Inhaber überge-
gangen, der es unter d.
bisherigen Firma wei-
terführt.

5. Bella Klaut, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
b) folgende Firmen:
6. Rinsowen und La-
poretzhaus Wilhelm De-
der, Mannheim. Inhaber
ist Wilhelm Deber, Kauf-
mann, Mannheim.
7. Rudolf Schmoll,
Mannheim. Inhaber ist
Rudolf Schmoll, Restau-
rateur, Mannheim.
8. Annocan-Expedition
und Inzeratennahme
Mathias Sebastian,
Mannheim. Inhaber ist
Mathias Sebastian,
Kaufmann, Mannheim.
9. Catgut - Gesellschaft
Mannheim - Feudenheim.
Bilker - Schmidt & Co.,
Kommanditgesellschaft
Mannheim - Feudenheim
seit 15. Febr. 1927. Per-
sönlich haftende Gesell-
schafter sind Elisabeth
Wilker - Schmidt, Witwe
des Hermann Wilker in

Mannheim und Jakob
Ludwig Guelber, Kaufm.,
Mannheim - Feudenheim.
Zur Vertretung der Ge-
sellschaft ist nur der Ge-
sellschafter Jakob Ludwig
Guelber berechtigt. Die
Gesellschaft hat einen
Kommanditisten.
Mannheim, 26. 2. 27.
Bad. Amtsgericht
Mannheim F.-G. 4.

Mannheim. 3.994
In das Handelsregister
wurde heute eingetragen:
a) zu folgenden Firmen:
1. G. Lorenz & Co. Ge-
sellschaft mit beschränk-
ter Haftung Maschinenfabrik
und Apparatebauanstalt
in Liquidation, Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.

2. Süddeutsche Zucker-
Aktiengesellschaft, Mann-
heim: Gemäß den Be-
schlüssen der außerordent-
lichen Generalversammlung
vom 24. April 1926
ist: a) die Verabfolgung
um 1 881 600 RM., b)
die Erhöhung um
22 339 200 RM. des
Stammkapitals erfolgt.
Dieses beträgt jetzt
30 000 000 RM. Gegen-
stand des Unternehmens
ist jetzt: Die Herstellung
von Zucker, dessen Ver-
kauf, die Verwertung d.
sich ergebenden Neben-
erzeugnisse und der Be-
trieb der Landwirtsch.-
Die Gesellschaft ist berech-
tigt, sich auch an anderen
Unternehmungen in jeder
zulässigen Form zu betei-
ligen, solche zu erwerben
und alle Geschäfte zu un-
ternehmen, welche zur Er-
reichung oder Förderung
des Gesellschaftszwecks
unmittelbar oder mittel-
bar als dienlich erschei-
nen. Der Gesellschafts-
vertrag ist durch den
Beschluss der Generalver-
sammlung vom 24. April
1926 geändert und neu
gefasst. Wenn der Vor-
stand aus mehreren Per-
sonen besteht, so wird die
Gesellschaft durch zwei
Vorstandsmitglieder ge-
meinsam oder durch ein
Vorstandsmitglied u. ein-
en Prokuristen vertre-
ten. Als nicht eingetragen
wird veröffentlicht: Das
Grundkapital der Gesell-
schaft ist eingeteilt in auf
den Inhaber lautende
Stammaktien und zwar
6400 Stück zu 240 RM.,
220 736 Stück zu 100 RM.
und 149 706 Stück zu 40
RM. sowie in 4000 auf
den Namen lautenden
Vorzugsaktien zu je 100
RM.

3. Selbsthilfe Kranken-
versicherung für den Mit-
telstand auf Gegenseitig-
keit Landesvereinigung
Mannheim, Mannheim:
Die Procura des Dr.
Marxus Frank ist erlo-
schen. Dr. Koppe, Res-
sion und Hof sind nicht
mehr stellv. Vorstands-
mitglieder. Die Zweig-
niederlassung Mannheim
ist aufgehoben.
4. Vereinigte Mannhei-
mer Spiegelfabriken Pe-
ter & Co. und Friedrich
Lehmann Aktiengesellschaft,
Mannheim: Ingenieur
Franz Krost, Mannheim,
ist zum weiteren Vor-
standsmitglied bestellt.
5. Werner Dieberich,
Zweigniederlassung
Mannheim, Mannheim:
Die Firma ist erloschen.
b) folgende Firmen:
6. Ludw. Schill, Mann-
heim. Inhaber ist Lud-
wig Schill Einnehmer-
assistent in Dahn (Pfalz).
7. Bippe & Cie., Mann-
heim: Die offene Han-
delsgesellschaft hat am 29.
November 1926 begonnen.
Persönlich haftende Ge-
sellschafter sind Johan-
nes Wollenschläger, Hofm.

Mannheim, und Rudolf
Bippe Chefrau, Witwe
geb. Gottschalg, Mann-
heim. Dem Rudolf Bippe,
Mannheim, ist Procura
erteilt.
Mannheim, 28. 2. 1927.
Bad. Amtsgericht.
F.-G. 4.

Mannheim. 3.998
In das Handelsregister
wurde eingetragen:
a) zu folgenden Firmen:
1. Commerz- u. Privat-
Bank Aktiengesellschaft,
Filiale Mannheim, Mann-
heim: Gemäß dem be-
reits durchgeführten Be-
schlusse der Generalver-
sammlung vom 8. Febr.
1927 ist das Stammkapital
um 18 000 000 RM. durch
Ausgabe von 15 000 auf
Inhaber lautende Aktien
zu je 1000 RM. und
30 000 auf Inhaber lau-
tenden Aktien zu je 100
RM. erhöht. Das Grund-
kapital beträgt jetzt
60 000 000 RM. u. ist ein-
geteilt in 15 000 Aktien
zu je 1000 RM., 20 000
Aktien zu je 600 RM.,
30 000 Aktien zu je 100
RM. und 500 000 Aktien
zu je 60 RM. Durch Be-
schluss der Generalver-
sammlung vom 8. Febr.
1927 sind die §§ 5
(Grundkapital u. Aktien-
verteilung) und 20 (Ein-
berufung von Aktien-
eigern) des Gesellschafts-
vertrages geändert worden.
Friedr. Wilhelm Gustav
Wüster ist nicht mehr Vorstands-
mitglied. Als nicht einge-
tragen wird veröffentlicht:
Auf d. Kapitalerhöhung
sind nom. RM. 10 500 000
Aktien zum Kurse von
165 Prozent und nom.
RM. 7 500 000 Aktien
zum Kurse von 100 Proz.
ausgegeben worden.
2. Oberheinische Elek-
trizitätsgesellschaft mit be-
schränkter Haftung, Mann-
heim: Der Geschäftsführer
Ingenieur Bernhard
Zasper wohnt jetzt in
Heidelberg.

3. Gerlenvertriebs-Ge-
sellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Die Gesellschaft ist durch
Beschluss der Gesellschafter
vom 16. Febr. 1927 auf-
gelöst. August Frey,
Mannheim ist zum allein-
igen Liquidator bestellt.
Die Firma ist erloschen.
am 2. März 1927.
4. Philipp Reinhard &
Cie., Mannheim: Die
Procura des Adolf Ed-
ler ist erloschen.
b) folgende Firmen:
5. Hans Rärcher,
Mannheim. Inhaber ist
Hans Rärcher, Kaufm.,
Mannheim.
Bad. Amtsgericht
Mannheim F.-G. 4.

Mehlrich. 3.997
Handelsregister A Bd.
I D.-Z. 111, Vertaggen
& Russ, Waagegeschäft,
Stetten a. M.: Ignaz
Vertaggen ist aus der Ge-
sellschaft ausgeschieden.
Mehlrich, 22. 2. 1927.
Bad. Amtsgericht.

St. Blasien. 3.10
Handelsregister A Bd.
I D.-Z. 140, Firma Kauf-
haus Wähler in St. Blasi-
en: Die Firma ist erlo-
schen. 26. 2. 1927.
Handelsregister A Bd. I
D.-Z. 143: Firma Fritz
Stemmer a. St. Blasien.
Inhab. Fritz Stemmer,
Kaufm. in St. Blasien.
Manufaktur- und Kon-
fektionswarengeschäft. 26.
2. 1927.
Amtsgericht St. Blasien.

Schopfheim. 3.11
Handelsregisteramt
A D.-Z. 11 zur Firma
„Spar- und Leihkasse in

Wehr v. Druggen, Treß-
ger und Consorten“: Die
Einzelvertretung des Lu-
dwig Frider und die stell-
vertretende Vertretungs-
befugnis des Leopold
Rutier ist erloschen. Ver-
tretungsberechtigt,
und zwar nur gemeinsam mit
einem Prokuristen, ist Os-
kar Thomann, Weinhand-
ler in Brennet. Dem Al-
fred Druggen, Kaufmann
in Wehr, ist Gesamtpro-
cura erteilt.
Schopfheim, 26. 2. 27.
Bad. Amtsgericht.

Waldbrunn. 3.988
Handelsregister A Bd.
I D.-Z. 152, Gütermann
& Co., Gutach i. Br.:
Dem Kaufmann Rudolf
Temperli in Oberfollnau
und dem Kaufmann Ju-
lius Kirchhoff in Gu-
tach i. Br. ist Gesamt-
procura erteilt. Sie zeich-
nen gemeinsam oder je-
weils mit einem anderen
Zeichnungsberechtigten.
Waldbrunn, 18. 2. 1927.
Amtsgericht

Waldbrunn. 3.999
Handelsregisteramt
B D.-Z. 47: Firma „We-
ber Schöne, Zigarren-
Tabak- und Tabakzucker-
fabrik, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Sitz
Schachen (Amt Wald-
brunn)“. Gegenstand des
Unternehmens ist die
Herstellung von Zigarren,
Tabak und Tabakzucker
sowie verwandter Artikel,
insbesondere die Ver-
tretung aller Interessen
und Wahrnehmung aller
Geschäfte, welche die We-
ber Söhne Aktiengesell-
schaft in Menziken
(Schweiz) im Deutschen
Reich hat. Die Gesell-
schaft kann sich an gleich-
artigen Unternehmungen
beteiligen, solche erwer-
ben und Zweigniederlas-
sungen errichten. Sie
kann insbesondere alle
Geschäfte vornehmen, wel-
che d. Erreichung des Ge-
sellschaftszwecks dienen.
Stammkapital 200 000
RM. Geschäftsführer:
Arthur Eichenberger-Wag-
fabrikant in Weimol a.
S., Hans Mathys, Fabri-
kant in Menziken
(Schweiz), Hans Weber,
Gesellschaftsvertreter vom
16. Dez. 1926. Jeder Ge-
schäftsführer hat das
Recht d. Alleinvertretung.
Weiter wird veröffent-
licht: Als Einlage unter
Anrechnung auf den
Stammanteil in Höhe v.
25 000 RM. wird von der
Gesellschaftin „Weber
Söhne, A.-G.“ in Menziken
eingetragen d. Grund-
stück L.B. Nr. 98 der Ge-
markung Schachen. Die
Bekanntmachungen erfol-
gen nur durch den Deut-
schen Reichsanzeiger.
Waldbrunn, 24. 2. 27.
Bad. Amtsgericht.

Weinheim. 3.980
Zum Handelsregister B
Bd. I D.-Z. 13 zur Fa.
„Wachtold & Förster, Sei-
senfabrik G. m. b. H.“ in
Weinheim wurde einge-
tragen: Durch Beschluss
d. Gesellschafterversam-
lung vom 25. Jan. 1927
wurde der Gesellschafts-
vertrag abgeändert. Da-
nach kann die Gesellschaft
auch durch zwei Prokuris-
ten vertreten werden.
Weinheim, 21. 2. 1927.
Amtsgericht I.

Weinheim. 3.990
Handelsregister B Bd. I
D.-Z. 12 zur Fa. „Erte
Badische Leigwarenfabrik
Wilhelm Henkel, G. m. b.
H.“ in Weinheim:
Durch Beschluss der Ge-
sellschafterversammlung
vom 16. Juli 1925 wurde
das Stammkapital umge-

stellt von 420 000 RM. auf
210 000 RM. Der Gesell-
schaftsvertrag wurde ent-
sprechend geändert. 21.
2. 1927.
Amtsgericht I.
Weinheim.

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.
A. S. Billigen. Der
Verwalter im Konkurs-
verfahren über das Ver-
mögen der Firma „Hörn-
fabrik „Ralko“ G. m. b.
H. in Billigen hat bean-
tragt, d. Verfahren mangels
Masse einzustellen.
Zur Anhörung über die-
sen Antrag wird eine
Gläubigerversammlung
einberufen in das Amts-
gericht Billigen auf:
Dienstag, den 29. März
1927, vormitt. 11 1/2 Uhr.
Auf diesen Zeitpunkt
wird gleichzeitig Termin
zur Abnahme der Schluss-
rechnung bestimmt.
Billigen, 4. 3. 1927.
Bad. Amtsgericht I.

Güterrechtsregister.

Karlsruhe. 3.971
Güterrechtsregister-
einträge.
1. Band XI Seite 391:
Bosert, Heinrich, Kaufm.,
Karlsruhe, und Martha
geb. Jarecht. Vertrag vom
4. Febr. 1927. Gütertren-
nung. 14. 2. 27.
2. Seite 392: Gebhardt,
Heinr., Landwirt, Welsch-
neureut, und Lydia geb.
Sonne. Vertrag vom 6.
Febr. 1927. Erbrungen-
schaftsgemeinschaft mit
Vorbehaltsgut der Frau.
14. 2. 27.
3. Seite 393: Dain,
Germann, Zanghelmer,
Karlsruhe u. Wilhelmine
geb. Weber. Vertrag vom
18. Febr. 1927. Gütertren-
nung. 21. 2. 27.
Bad. Amtsgericht.

Zauberbüschelheim. A. S.
Eintrag in das Güter-
rechtsregister Bd. I Seite
483: Heinrich Kraus,
Landwirt, und Anna geb.
Baumeister, beide in
Gerchsheim. Vertrag vom
8. Februar 1927. Allge-
meine Gütergemeinschaft
nach dem BGB.
Zauberbüschelheim,
den 2. März 1927.
Der Gerichtsschreiber
des Amtsgerichts.

Badisches Landesstheater
Dienstag, 8. März 1927
* G 19 Tz.-Gem. 101-200

Der aufziehende Fend
von Dregelh
In Szene gesetzt von
Ulrich von der Trenk

Erzgenössen Dub Höder
von Meier Herz
Stephanie Frauendorfer
Emma Clement
Alldorf Kienkerf
Lautta Genter
Rautta von Jimto
von Silberberg Brand
von Gahl Müller
Kürschner Hofbauer
Turner Feiler
Dr. Sonnberg Lettger
Huber Gemmede
Frene Roesle
Melger Kloeble
Ganella Graf
Haufer Meiner
Stern Schneider
Billi Albrecht
Josef Schneider
Peter Weidner

Anfang 7 1/2 Ende 9 1/2
I. Sperrst. Nr. 5.—
Mi. 9. März Turandot
Do. 10. März Die lustigen
Weiber von Windsor

RCB GEGR. 1870
Telephon 6000 bis 6013
Hochverzinsliche Anlagewerte (hypoth. sichergestellt)
werden stets an unseren Schaltern abgegeben
Rheinische Creditbank * Filiale Karlsruhe
Druck G. Braun, Karlsruhe.